

PRESSEMITTEILUNG

ULI SCKERL

01.09.2016

Wir Grüne sind für größtmögliche Sicherheit. Aber es gibt keinen Blankoscheck für den Einsatz der Bundeswehr im Innern

Zur Diskussion über einen Einsatz der Bundeswehr im Innern erklärt der innenpolitische Sprecher der grünen Landtagsfraktion in Baden-Württemberg Uli Sckerl:

„Viele Bürgerinnen und Bürger sind seit den terroristischen Anschlägen in Frankreich und Belgien, aber auch in Würzburg und Ansbach sehr verunsichert. Wir sehen es als eine unserer wichtigsten politischen Aufgaben im Land an, ein Höchstmaß an Sicherheit zu gewährleisten. Baden-Württemberg ist eines der sichersten Länder und wird es bleiben.

Das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung verbessern wir, indem wir die Garanten für innere Sicherheit stärken. Das ist unsere Polizei, deren Zuständigkeiten bei der Anti-Terror-Abwehr wir stärken, aber nicht schwächen wollen. Die Landespolizei wurde und wird von uns bestmöglich für die Abwehr terroristischer Gefahren ausgestattet. Dazu wurden allein in den letzten 18 Monaten drei umfangreiche Anti-Terror-Pakete geschnürt. Wir vertrauen ebenso unseren zivilen Diensten und Katastrophenschutzeinrichtungen.

Ein gemeinsamer Anti-Terror-Einsatz von Bundeswehr und Polizei stößt bei uns Grünen auf verfassungsrechtliche Bedenken. Es ist noch völlig unklar, welche Befugnisse die Bundeswehr dabei erhalten soll. Hier mauscheln CDU- und CSU- Innenpolitiker im Dunkeln mit der Bundes-Verteidigungsministerin. Völlig ausgeschlossen ist für uns, dass über gemeinsame Übungen der Weg für eigene exekutive Rechte der Bundeswehr im Innern eröffnet wird. Uns macht hellhörig, dass die CDU-Fraktion im Bundestag bereits über erweiterte Befugnisse der Bundeswehr im Innern diskutiert. Das machen wir nicht mit.

Wir erwarten, dass Innenminister Thomas Strobl der grün-schwarzen Koalition erst einmal ein Konzept vorlegt. Die zahlreichen offenen Fragen müssen sodann in den Fraktionen und im Koalitionsausschuss geklärt werden. Es gibt keinen Blankoscheck der Grünen und keinen Automatismus für die Teilnahme Baden-Württembergs an den geplanten Übungen zum Einsatz der Bundeswehr im Innern“.